

# Freie Demokraten

Landesverband  
Hamburg **FDP**

Antragsbuch des

123.

Landesparteitages  
der FDP  
Hamburg

13. April 2025

#fdpHH123

# Inhaltsverzeichnis

Antrag		Seite
GO2501/01	<b>Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung</b> Junge Liberale Hamburg	1
A2501/01	<b>Antrag zur Anzahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden</b> Junge Liberale Hamburg	3
A2501/02	<b>Antrag zur Anzahl der Beisitzer-Innen im Landesvorstand</b> Junge Liberale Hamburg	4
A2501/03	<b>Verbesserung der Physiotherapie</b> Landesfachausschuss Gesundheitspolitik der FDP	5
A2501/04	<b>Kein deutsches Geld für Kinderehen: Druck auf die irakische Regierung erhöhen</b> LFA 1, Eva Kuhlmann, Carolin Hümpel, Janin Egbers, Jutta Krümmer, Boris Heitmann, Torsten Könker	7
A2501/05	<b>Städtepartnerschaft Hamburgs mit einer israelischen Stadt</b> LFA 1, Eva-Maria Braje, Jutta Krümmer, Torsten Könker, Stefan Seubert, Rüdiger Schmitz, Boris Heitmann	8
A2501/06	<b>FDP Hamburg 2030 - Strukturen schlagkräftig aufstellen</b> Junge Liberale Hamburg	9

# 123. FDP-Landesparteitag, 13. April 2025

---

## Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

**Drs.: GO2501/01**

Ja  
Nein  
Enthaltungen

Angenommen  
Ja  
Nein  
Überwiesen

## 1 Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 §40 (2) der Geschäftsordnung der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Hamburg,  
4 wird wie folgt geändert: Die Sätze 4-6 („*In der ersten Wahlgruppe werden 9 Beisitzer ge-*  
5 *wählt. Der Sitzungsleiter fordert hierzu vorab die Bezirksverbände, die Liberalen Frauen und*  
6 *die Jungen Liberalen Hamburg e. V. auf, jeweils einen Vorschlag einzureichen. Im Übrigen*  
7 *bleibt das Vorschlagsrecht der Landesparteitagsmitglieder unberührt.*“) werden gestrichen.

### Begründung:

In Zukunft werden wir weder auf Landes- noch auf Bundesebene eine Fraktion und Abgeordnete haben, die kommunikative und programmatische Arbeit leisten können. Zugleich wird unsere Landesgeschäftsstelle schrumpfen und somit auch bei der Organisation und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wichtige Arbeitskraft fehlen. Umso wichtiger wird die zentrale Rolle des Landesvorstandes, der als ehrenamtliches Gremium möglichst viel davon auffangen muss.

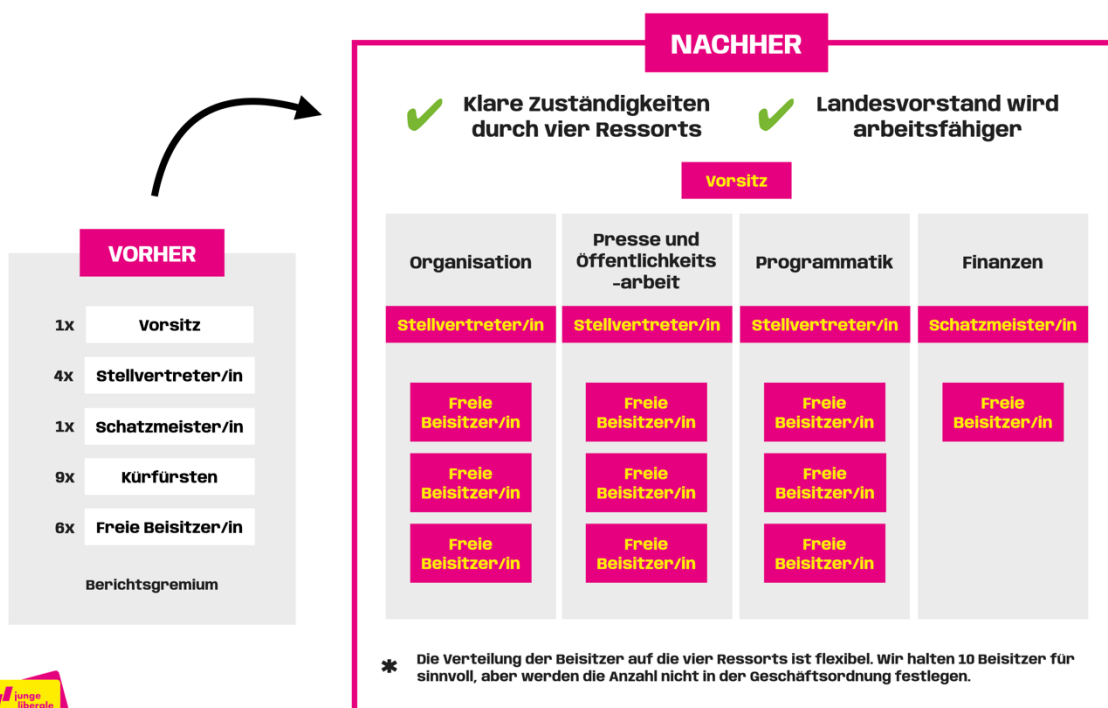
Die bisherigen Strukturen passen nicht zu dieser Anforderung. Der Landesvorstand hat momentan eine Größe von 21 gewählten Mitgliedern. Bis auf die zum Teil willkürlich thematisch aufgeteilten Fachsprecherposten, die sich in ihren Zuständigkeiten auch noch mit den Landesfachausschüssen überschneiden, gibt es dabei keine festen Aufgaben. Wir brauchen im Landesvorstand in Zukunft aber nicht nur inhaltliche Experten, sondern auch Organisations-talente und Presse- sowie Social-Media-Profis. Für die interne Organisation des Landesvorstands fordern wir daher die Einführung eines Ressortprinzips mit klaren Zuständigkeiten.

Die Kurfürsten blähen den Landesvorstand stark auf. Ihre Aufgabe ist es eher, ihre jeweilige Organisation im Landesvorstand zu vertreten, als dort inhaltlich mitzuarbeiten. So wird die Arbeitsfähigkeit des Landesvorstandes reduziert. Als Teil unserer Reformvorschläge hin zu arbeitsfähigen Parteigremien wollen wir die Kurfürsten daher abschaffen.

Die Vorteile der Rollen in Bezug auf die Absprache zwischen Landes- und Bezirksebenen sowie den Vorfeldorganisationen sind gering. Das ist auch daran zu erkennen, dass gar nicht jede offizielle Vorfeldorganisation einen Kurfürsten stellt. Gegenseitige Information zwischen

den Ebenen und Organisationen kann hervorragend durch regelmäßige Berichte, die Funktionsträgerkonferenzen und gegebenenfalls weitere Treffen sichergestellt werden.

## VORSCHLAG DER JUNGEN LIBERALEN HAMBURG ZUR UMSTRUKTURIERUNG DES LANDESVORSTANDES DER FDP HAMBURG



# 123. FDP-Landesparteitag, 13. April 2025

---

## Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

**Drs.: A2501/01**

Ja  
Nein  
Enthaltungen

Angenommen  
Ja  
Nein  
Überwiesen

- 1 **Antrag zur Anzahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden**
- 2 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 3 Die Jungen Liberalen Hamburg beantragen, die Anzahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden gemäß §16 (3) der Satzung der FDP Hamburg auf drei festzulegen.
- 4

## Begründung:

Erfolgt mündlich

# 123. FDP-Landesparteitag, 13. April 2025

---

## Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

**Drs.: A2501/02**

Ja  
Nein  
Enthaltungen

Angenommen  
Ja  
Nein  
Überwiesen

## 1 Antrag zur Anzahl der Beisitzer/-innen im Landesvorstand

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Die Jungen Liberalen Hamburg beantragen, die Anzahl der Beisitzer/-innen im Landesvor-  
4 stand gemäß §16 (3) der Satzung der FDP Hamburg in Verbindung mit §40 (2) der Ge-  
5 schäftsordnung der FDP Hamburg auf zehn festzulegen.

## Begründung:

Erfolgt mündlich

# 123. FDP-Landesparteitag, 13. April 2025

---

## Antragsteller:

Landesfachausschuss Gesundheitspolitik der FDP

**Drs.: A2501/03**

Ja  
Nein  
Enthaltungen

Angenommen  
Ja  
Nein  
Überwiesen

## 1 Verbesserung der Physiotherapie

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

### 3 Ein attraktives Berufsbild und Entbürokratisierung: Physiotherapeutische Versorgung 4 in Deutschland sicherstellen.

5 Durch den demographischen Wandel steigt die Morbidität in unserer Gesellschaft. Damit  
6 steigt auch der Bedarf an physiotherapeutischen Behandlungen. Fachkräftemangel und bü-  
7 rokratische Hürden setzen die Branche unter Druck und führen zu einem Mangel an Thera-  
8 pieplätzen und langen Wartezeiten.

9 Die adäquate, qualitativ hochwertige und schnelle Versorgung ist dadurch gefährdet.

10 Dies kann zu vermeidbaren gesundheitlichen Problemen und Folgekosten führen.

11 Um die Attraktivität des Berufs und die Versorgung zu verbessern, fordert die FDP Hamburg:

- 12 1. Die Gestaltungsfreiheit und Entscheidungskompetenz der Therapeuten müssen er-  
13 höht werden. Dies stärkt nicht nur das Berufsbild, sondern reduziert den bürokrati-  
14 schen Aufwand, weil der Austausch zwischen Ärzten und Therapeuten sich auf die  
15 konkrete Behandlung konzentrieren kann.
- 16 2. Der dringend notwendige Austausch der Therapeuten mit den Patienten soll finanziell  
17 entlohnt werden, um diesen aktiv zu fördern.
- 18 3. Wir fordern die Abschaffung von Zertifikatspositionen und die Einführung einer allge-  
19 gemeinen Position „Physiotherapie“. Inhalte von Fortbildungen werden bereits in der  
20 Grundausbildung vermittelt. Wo dies nicht ausreichend geschieht, fordern wir eine  
21 bessere Integration in die Grundausbildung.
- 22 4. Die Pflicht zur Verordnungsprüfung durch die Physiotherapiepraxen muss abge-  
23 schafft werden.
- 24 5. Die Formulare für Rezepte der gesetzlichen Krankenversicherungen sollen sich an  
25 denen der privaten Krankenversicherungen orientieren.

- 26  
27  
28
6. Aus den vorhergehenden Punkten erfolgende Leistungsausweitungen dürfen nicht die Budgets der Ärzte belasten und müssten ggf. durch eine neue Budgetregelung aufgefangen werden.

**Begründung:**

Eine reguläre physiotherapeutische Behandlung sieht einen zeitlichen Rahmen von 15- 25 Minuten vor. In dieser Zeit müssen alle therapeutischen und bürokratischen Aufgaben erfüllt werden. Dies umfasst beispielsweise die Terminierung, das Entkleiden des Patienten, das anschließende Händewaschen und Desinfizieren und das Dokumentieren. Dadurch bleibt sowieso schon zu wenig Zeit für die eigentliche Therapieanwendung. Ab und zu erforderliche Gespräche mit den betreuenden Ärztinnen und Ärzten können in dieser kurz bemessenen Zeitspanne unmöglich untergebracht werden, weder zeitlich noch finanziell.

Diverse Techniken aus den Fortbildungen werden bereits in der Grundausbildung vermittelt. Diese dürfen jedoch im späteren Behandlungsfall oft wegen einer fehlenden Zertifikatserlangung nicht angewendet werden. Dadurch entstehen Wartezeiten von häufig mehr als vier Wochen, vor allem, wenn spezifische Therapieformen, wie KG-ZNS /Manuelle Therapie oder die Versorgung von Kindern verordnet wird.

Eine allgemeine Fortbildungspflicht soll weiterhin uneingeschränkt Bestand behalten.

Physiotherapeutische Rezepte von gesetzlich Versicherten Patienten beinhalten eine Vielzahl an nicht therapierelevanten Inhalten und bergen allein durch ihre Form und ihren Aufbau ein hohes Potential für formale Fehler. Da den physiotherapeutischen Einrichtung die Pflicht obliegt, die ärztlich ausgestellten Verordnungen auf Vollständigkeit und Korrektheit zu prüfen, entsteht ein hohes Maß an bürokratischem Verwaltungsaufwand, um diese zu korrigieren.

Die Angaben auf einem Privatrezept hingegen enthalten ausschließlich therapierelevante Informationen und sind auf ein angemessenes Maß reduziert.



# 123. FDP-Landesparteitag, 13. April 2025

## Antragsteller:

LFA 1

Eva Kuhlmann, Carolin Hümpel, Janin Egbers,

Jutta Krümmer, Boris Heitmann, Torsten Könker

**Drs.: 2501/04**

Ja  
Nein  
Enthaltungen

Angenommen  
Ja  
Nein  
Überwiesen

## 1 **Kein deutsches Geld für Kinderehen: Druck auf die irakische Regierung erhöhen**

2  
3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4 Die FDP Hamburg fordert die neue Bundesregierung dazu auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- 5
- 6 • In Zusammenarbeit mit europäischen Partnern und Menschenrechtsorganisationen
  - 7 diplomatischen Druck auf die irakische Regierung auszuüben, um das Gesetz zu re-
  - 8 formieren.
  - 9 • Prüfung, neu zugesagte Fördergelder mit der Achtung der Menschenrechte, insbe-
  - 10 sondere von Frauen- und Kinderrechten zu verknüpfen, und gegebenenfalls Einfrie-
  - 11 ren dieser Finanzhilfen.
  - 12 • Falls diese Maßnahmen nicht erfolgreich sind, Sanktionen gegen Verantwortliche und
  - 13 religiöse Führer, die für die Gesetzgebung verantwortlich sind.

14 Im Januar 2025 hat das irakische Parlament einen Gesetzesentwurf angenommen, mit dem

15 das Personenstandsrecht dergestalt verändert wird, dass irakische Bürger entscheiden kön-

16 nen, ob sie ihre Personenstandsfragen nach religiösen oder zivilrechtlichen Kriterien regeln

17 wollen. Damit wird die bislang geltende staatliche Gesetzgebung, die Gleichberechtigung für

18 Männer, Frauen und Kinder garantiert, durch islamische Verordnungen ersetzt, was Miss-

19 brauch und Menschenrechtsverletzungen Tür und Tor öffnet.

20 Da einige schiitische islamische Geistliche im Irak die Ehe für Mädchen ab neun und für Jun-

21 gen ab 15 Jahren gutheißen, bedeutet dieses Gesetz einen enormen Eingriff in die Grund-

22 rechte und das Recht auf körperliche Unversehrtheit für Millionen irakischer Kinder und Ju-

23 gendliche.

24 Tausende haben dagegen protestiert.

25 Schiitische und Sunnitische Geistliche sollen bis Ende Mai entsprechende Regelungen für

26 ihre jeweilige Religionsgemeinschaft festlegen, die nur noch vom irakischen Parlament be-

27 schlossen werden müssen.

28 Deutschland gehört zu den größten internationalen Gebern im Irak und hat seit 2014 mehr

29 als drei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Im Sommer 2024 sagte das BMZ dem Irak

30 weitere bis zu 117,7 Mio. Euro Entwicklungshilfe zu.

31 Menschenrechtsverletzungen dürfen jedoch nicht mit deutschen Steuergeldern belohnt wer-

32 den.

## Begründung:

erfolgt mündlich

# 123. FDP-Landesparteitag, 13. April 2025

## Antragsteller:

LFA 1

Eva-Maria Braje, Jutta Krümmer, Torsten Könker,

Stefan Seubert, Rüdiger Schmitz, Boris Heitmann

**Drs.: 2501/05**

Ja  
Nein  
Enthaltungen

Angenommen  
Ja  
Nein  
Überwiesen

## 1 Städtepartnerschaft Hamburgs mit einer israelischen Stadt

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Hamburg hat als eine der wenigen deutschen Städte keine Städtepartnerschaft mit einer  
4 Stadt in Israel. Städtepartnerschaften dienen auf lokaler Ebene dem Handel und der Völker-  
5 verständigung. Zahlreiche deutsche Städte unterstützen derzeit ihre israelischen Partner-  
6 städte in ihren Aktionen zur Freilassung der noch immer in Gaza festgehaltenen Geiseln.

7 Hamburg hat als einziges Bundesland kein offizielles Gedenken am Jahrestag des Überfalls  
8 der Hamas am 7. Oktober 2023 auf Israel abgehalten.

9 Umso wichtiger ist es in der jetzigen Situation, dass die Stadt Hamburg auf kommunaler  
10 Ebene ein offizielles Zeichen der Solidarität mit der Bevölkerung Israels und gegen Antisemi-  
11 tismus setzt.

12 Die Solidarität mit der Bevölkerung Israels und der in Hamburg lebenden Juden sollte sich  
13 nicht nur in der Unterstützung des Synagogen-Neubaus zeigen, sondern auch ganz prak-  
14 tisch durch Schüleraustausch, Wirtschaftskontakte, Universitätskooperationen (dies insbe-  
15 sondere, da die Hamburger Universität monatelang ein Protest-Camp gegen Israel zulassen  
16 musste). Diese Ziele erreicht man unter anderen mit gelebten Städtepartnerschaften und  
17 nicht durch salbungsvolle Worte des Ersten Bürgermeisters, denen keine Taten folgen.

18 Da Hamburg in den letzten Jahren mit St. Petersburg eine stark ressourcenbindende Städte-  
19 partnerschaft aus naheliegenden Gründen ruhend gestellt hat, stehen genug personelle und  
20 finanzielle Kapazitäten in der Senatskanzlei zur Verfügung, um eine aktiv gelebte Partner-  
21 schaft mit Haifa oder Aschdod zu begründen.

22 Die FDP Hamburg fordert daher, dass der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg die  
23 Stadt Haifa oder Aschdod um eine Städtepartnerschaft bittet.

24 Dies kann auch zunächst mit einer Hafen- oder Universitätskooperation starten, hier ist ins-  
25 besondere das Technicon in Haifa von großem Interesse für die TU Harburg. Die Städtepart-  
26 nerschaft sollte nach Möglichkeit komplett aktiviert sein bis zum 80. Geburtstag Israels,  
27 2028.

## Begründung:

mündlich

# 123. FDP-Landesparteitag, 13. April 2025

---

## Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

**Drs.: 2501/06**

Ja  
Nein  
Enthaltungen

Angenommen  
Ja  
Nein  
Überwiesen

## 1 FDP Hamburg 2030 - Strukturen schlagkräftig aufstellen

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Nach zwei desaströsen Wahlergebnissen bei den Bundestags- und Bürgerschaftswahlen  
4 und dem zweiten Nicht-Einzug in die Hamburger Bürgerschaft in Folge wird klar: Wir Freie  
5 Demokraten stecken in einer tiefen Krise. Wir wollen uns mutig, optimistisch, europäisch,  
6 weltoffen, empathisch und lösungsorientiert präsentieren. Das haben wir als die große Lehre  
7 aus dem Ausscheiden 2013 gezogen. "Mehr Chancen durch mehr Freiheit" war das Motto,  
8 zu dem wir bis heute ohne Wenn und Aber stehen. Zuletzt wurde jedoch klar, dass kaum  
9 noch Wählerinnen und Wähler wissen, warum sie genau die FDP wählen sollen - insbeson-  
10 dere auf Landesebene.

11 Bundestrend, angespannte weltpolitische Lage, schwierige Koalition. Das alles sind Störfak-  
12 toren, die wir nicht direkt beeinflussen können. Was wir jedoch beeinflussen können, sind un-  
13 sere Arbeitsweise und Strukturen. Die FDP Hamburg muss sich jetzt innerverbandlich erneu-  
14 ern, um nach außen hin als wählbare Partei wahrgenommen zu werden. Die Prozesse und  
15 Strukturen innerhalb der Partei müssen weiterentwickelt werden. Wir wünschen uns einen  
16 Landesverband, der Mitglieder stärker einbindet; einen Landesverband, der der Motor für die  
17 neuesten Ideen ist; einen Landesverband, der so modern wird, wie seine Mitglieder es schon  
18 längst sind. Entsprechend unseres Anspruchs, die Freien Demokraten kritisch-konstruktiv zu  
19 begleiten, legen wir hiermit wichtige Vorschläge für den fortlaufenden und hoffentlich nie en-  
20 denden Reformprozess der FDP Hamburg vor.

### 21 1. Einführung eines Ressortprinzips im Landesvorstand

22 Der Landesvorstand wird in Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen. Die Arbeit unserer  
23 bisherigen Bürgerschafts- und Bundestagsabgeordneten sowie die Arbeit der künftig deutlich  
24 kleineren Landesgeschäftsstelle muss ab jetzt von Ehrenamtlichen im Landesvorstand über-  
25 nommen werden. Dafür bedarf es einer klaren Verteilung der Verantwortlichkeiten und Auf-  
26 gaben. Wir fordern den Landesvorstand auf, dies durch die Einführung des Ressortprinzips

27 zu etablieren. Dieses hat sich seit Jahrzehnten bei den Jungen Liberalen für die ehrenamtli-  
28 che Arbeit bewährt. Dabei gibt es eine klare Zuordnung aller Landesvorstandsmitglieder zu  
29 einem Ressort (i.d.R. Programmatik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Organisation, Finan-  
30 zen) jeweils unter der Führung eines/-r stellvertretenden Landesvorsitzenden.

## 31 **2. Jährliche Rechenschaftsberichte aller Funktionsträger**

32 Eine Partei, die das Leistungsprinzip nach außen hochhält, muss dieses auch innerverband-  
33 lich leben. Die Mitglieder und die Partei haben einen Anspruch darauf, dass Personen, die  
34 für ein Amt gewählt werden, dieses auch vernünftig ausfüllen. Auf der anderen Seite bleibt  
35 vieles in der täglichen Gremienarbeit unbemerkt. In Zukunft legen Funktionsträgerinnen und  
36 Funktionsträger der FDP Hamburg jährlich einen Tätigkeitsbericht vor, um Transparenz zu  
37 schaffen und den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, Leistungen und Maßnahmen nach-  
38 vollziehen zu können. Die Berichte werden im geschützten Mitgliederbereich auf Confluence  
39 veröffentlicht.

## 40 **3. Bezirksversammlungen: Unser neuer Motor**

41 Neben dem Europäischen Parlament haben wir einen Großteil unseres verbleibenden politi-  
42 schen Einflusses in den sieben Bezirksversammlungen mit Regierungsbeteiligungen. Hier  
43 werden wir in Zukunft unsere Themen setzen und Erfolge einfahren. Es bedarf eines regel-  
44 mäßigen Austausches von Best Practices und bezirksübergreifenden Themen sowie politi-  
45 schen Streitpunkten und Erfolgen. Um diese auch in die Breite der Mitglieder und Bürger zu  
46 tragen, werden alle Bezirksfraktionen bzw. in den Bezirken ohne Fraktion unsere BV-Mitglie-  
47 der jährlich einen Bericht über die wichtigsten Vorkommnisse, Vorhaben und Ziele gegen-  
48 über dem gesamten Landesverband vorstellen.

## 49 **4. Dem Ehrenamt gerecht werden**

50 Damit unsere ehrenamtliche Arbeit von den vielfältigen Hintergründen unserer Mitglieder pro-  
51 fitieren kann, wird so weit wie möglich Teilnehmenden in allen Parteigremien eine hybride  
52 Teilnahme an Sitzungen ermöglicht. Die Landesgeschäftsstelle wird entsprechend technisch  
53 ausgestattet.

54 Eine verlässliche zeitliche Planung ist die Grundvoraussetzung für ehrenamtliches Engage-  
55 ment. Alle Parteigremien sind aufgefordert, Termine und Tagesordnungen nach Möglichkeit  
56 frühzeitig zu planen und zu kommunizieren und sich an festen Anfangs- und Endzeiten zu  
57 orientieren.

## 58 **5. Basisbeteiligung stärken**

59 Neumitglieder sind eine unserer wichtigsten Ressourcen. Sie kommen in der Regel mit viel  
60 Bereitschaft zu Engagement und frischen Ideen in unsere Partei. Um sie optimal und schnell  
61 an unsere Strukturen heranzuführen, werden in Zukunft auf allen Parteiebenen Neumitglie-  
62 derbeauftragte eingeführt. Sie werden in regelmäßiger Absprache die Einbindung von

63 Neumitgliedern fördern und beobachten. Zusätzlich werden sie ein digitales Informations-  
64 Willkommenspaket erarbeiten.

65 Im Rahmen der liberalen Familie gibt es eine Vielzahl an kleineren und größeren Fortbil-  
66 dungsmöglichkeiten und Seminaren. Die wichtigsten und lange feststehenden Termine wer-  
67 den in einem fortlaufend aktualisierten Jahresplan für die Parteiarbeit festgehalten. Selbes  
68 gilt für die wichtigen Parteisitzungen (Landesparteitage, Funktionsträgerkonferenzen, etc.),  
69 die in der Regel langfristig geplant werden können.

70 Wer nicht an einem Parteitag teilnehmen kann, hat trotzdem ein berechtigtes Interesse da-  
71 ran, die Themen des Landesverbands mitzubestimmen. In Zukunft wird das Alex-Müller-Ver-  
72 fahren zur Bestimmung der Antragsreihenfolge durch alle Mitglieder online vor dem Landes-  
73 parteitag durchgeführt.

74 Für einen transparenten Ablauf und niedrigrschwelligem Einstieg bei den Landesparteitagen,  
75 wird in Zukunft OpenSlides als digitales Kongresstool genutzt.

76 Durch klare Ansprechpersonen auf allen Parteiebenen soll ein respektvolles Miteinander in  
77 der Parteiarbeit gefördert und Diskriminierung vermieden werden. Dafür werden, wenn mög-  
78 lich, Schulungsprogramme der Bundespartei genutzt.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.